

Alle mal herkommen!

Viele Länder lassen wohlhabende Gaststudenten ihre Universitäten mitfinanzieren. Auch deutsche Politiker wollen jetzt ans Geld der Ausländer – und hoffen dadurch sogar auf einen Imagegewinn **VON JAN-MARTIN WIARDA**



AUSLÄNDISCHE STUDENTEN
fühlen sich an deutschen
Universitäten häufig
orientierungslos. Das zu
ändern wäre teuer

Wer verstehen will, warum deutsche Bildungspolitik neuerdings mit Argusaugen nach Australien blickt, der braucht sich nur ein paar Statistiken anzuschauen. Die der ausländischen Studenten *down under* zum Beispiel. Ihre Zahl ist zwischen 2003 und 2009 geradezu explodiert. Inzwischen studieren auf dem Kontinent, der ein Viertel der Einwohner Deutschlands hat, mehr Ausländer als hierzulande: über 200 000. Und während die australische Kurve mit zweistelligen Wachstumsraten nach oben zeigt, verharrt sie in der Bundesrepublik seit Jahren kraftlos auf demselben Niveau.

So richtig stockt den Deutschen der Atem allerdings beim Blick auf eine zweite Statistik. Die der Einnahmen aus Studiengebühren. Allein 2008 haben ausländische Schüler und Studenten 13,7 Milliarden Australische Dollar (8,8 Milliarden Euro) an Australiens Schulen und Unis überwiesen. Bildung, teilte das australische Statistikamt stolz mit, sei mittlerweile die drittwichtigste Einnahmequelle für das Land – direkt nach Kohle und Eisenerz. Die Folge dieses ungewöhnlichen Geschäftsmodells: Australiens Bildungssystem wird zu einem Viertel von Ausländern finanziert. Auf deutsche Verhältnisse übertragen hieße das: knapp 30 Milliarden Euro zusätzlich für das unter chronischer Mangelfinanzierung leidende Bildungssystem – Jahr für Jahr. In Wirklichkeit liegt der ausländische Beitrag hierzulande bei unter einer Milliarde – weit unterhalb der Kostendeckung.

Das hat einen einfachen Grund: Ausländische Studenten zahlen in Australien je nach Fach bis zum Vierfachen der Gebühren für die Einheimischen – mit der Begründung, sie müssten sonst keinerlei Steuern entrichten im Land. Deutsche Hochschulen hingegen machen keinen Unterschied zwischen Einheimischen und Gastakademikern – bislang. Denn der australische Gebühreichtum weckt nun auch in Deutschland Begehrlichkeiten: Gleich zwei der profiliertesten Bildungspolitikern fordern erstmals offen eine Sondergebühr für Studenten aus dem Ausland. Der eine ist der nordrhein-westfälische Wissenschaftsminister Andreas Pinkwart. Der FDP-Politiker hat es den Hochschulen in seinem Bundesland bereits freigestellt, einen – wenn auch geringen – Betreuungsbeitrag von den internationalen Studenten zu verlangen. Pinkwart sagt: »Deutschland muss umdenken. Wohlhabende Ausländer sollten das bezahlen, was ein Studium hier in einer der angesehensten Wissenschaftsnationen der Welt wert ist.« Den Unis in Großbritannien, Australien oder in den USA brächten die ausländischen Studenten ein finanzielles Plus, »wir zahlen kräftig drauf«. Eine Einschränkung macht Pinkwart allerdings – und sie ist wichtig: Nur die Ausländer von Staaten außerhalb der Europäischen Union kämen für höhere Studiengebühren infrage, EU-Bürger müssten weiter grundsätzlich wie Deutsche behandelt werden.

Genauso handhabt das übrigens auch Großbritannien, das jährlich rund zehn Milliarden Euro Studiengebühren von Ausländern einnimmt.

Das zweite Plädoyer für Studiengebühren kommt von einem SPD-Bildungspolitiker. Und weil Berlins Bildungssenator Jürgen Zöllner weiß, wie ungewöhnlich das ist, drückt er sich furchtbar umständlich aus. Es wäre, sagt er, »denkbar, dass man über Studiengebühren für vermögende Nicht-EU-Ausländer, die nicht aus Entwicklungsländern kommen, nachdenkt«. Der australische Erfolg sei bemerkenswert in einer globalisierten Wissenschaftsgesellschaft, in der Bildung zu einem eigenständigen Wirtschaftsfaktor werde. Auch wenn Zöllner betont, das Thema stehe derzeit nicht auf der politischen Agenda und ein Studium in Deutschland müsse »grundsätzlich kostenfrei« sein: Seine Einlassung ist ein Paukenschlag.

Bildung darf nicht wie eine Ware behandelt werden, warnen Experten

Entsprechend fallen die Reaktionen aus. »Wir haben in Deutschland eine andere Tradition«, sagt Uwe Brandenburg von Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) – und das sei auch gut so; »Bildung ausschließlich als Ware zu behandeln, die man einfach so verkauft, entspricht nicht unserem Verständnis. Wir sollten ein wenig Bildung in der Ausbildung behalten!« Wie grundsätzlich anders das Verständnis von Bildung in Deutschland tatsächlich ist, sieht man daran, dass der Satz von einem Mitarbeiter des CHE ausgesprochen wird, eines Instituts, das in der Hochschulszene als wirtschaftsnah gilt – und häufig als zu marktgläubig kritisiert wird. Bildung als Wirtschaftsgut? Diese

Sichtweise ist in weiten Teilen der deutschen Wissenschaftler-Community immer noch verpönt, zu groß ist die Sorge, talentierte Studienanfänger könnten sich durch die Gebühren vom Studium in Deutschland abschrecken lassen. »Wir wollen die besten und die guten Köpfe, nicht die zahlungskräftigsten«, sagt Brandenburg. Tatsächlich schließt Australien ausländische Studenten von staatlich subventionierten Studienkrediten und Stipendien meist von vornherein aus. Von einer laxen Zulassungspolitik um des Geldverdienens willen könne jedoch keine Rede sein, beuert die Regierung in Canberra: Laut Studien lägen die durchschnittlichen Studienleistungen der Ausländer keineswegs unter denen der Einheimischen.

Immerhin: Die Tabubrecher Pinkwart und Zöllner sind schlau genug, ihre Forderung nach Studiengebühren von Anfang an auf die Gruppe der vermögenden Ausländer zu beschränken. Deren Geld jedoch, so die Hoffnung, könnte doppelt helfen: zum einen, indem es die Studienbedingungen für die in- und die ausländischen Studenten verbessert. Zum anderen, indem es die kostenintensive Anwerbung ausländischer Jungforscher ermöglicht. Im Moment kommt es nämlich zu der paradoxen Situation, dass nicht nur die Reichen nach Australien oder in die USA zum Studieren gehen, sondern auch die brillanten Doktoranden – weil für sie dort dank der Gebührenmilliarden der rote Teppich ausgerollt wird.

Doch Pinkwart und Zöllner haben bei ihrer Forderung noch mehr im Sinn als die zusätzlichen Milliarden. Ein Bezahlstudium an sich, so Zöllner, wäre ein wirksames Instrument des internationalen Hochschulmarketings. »Es gibt einige Gesellschaften, die einem gebührenfreien Studium grundsätzlich kritisch

gegenüberstehen.« Pinkwart wiederum möchte in besagten Ländern folgendes Motto entdeckt haben: »Was nichts kostet, kann auch nicht viel wert sein.«

Viele Ausländer sind bereit, für gute Studienbedingungen mehr zu zahlen

Mehr ausländische Studenten durch Gebühren? Eine Schlussfolgerung, die zunächst paradox klingt – sind doch unter den ausländischen Studenten in Deutschland viele, die gerade das kostenfreie Studium als Pluspunkt der Hochschulen hierzulande preisen (siehe Artikel nächste Seite). Und doch liegt Pinkwart mit seiner Küchenpsychologie möglicherweise so falsch nicht: Schließlich gibt es jedes Jahr unzählige hochbegabte Ausländer, die sich trotz der Gebührenfreiheit bewusst gegen Deutschland und für ein Land mit teuren Hochschulen entscheiden – zum Beispiel für Australien. In wenigen Monaten wird das von DAAD und Hochschulen gegründete Marketingkonsortium GATE-Germany (siehe Kasten) erstmals eine Umfrage veröffentlichen, die Aufschluss über ihre Beweggründe geben soll – auch darüber, ob der eigentliche Motivationskiller für ein Deutschland-Studium nicht doch die Sprache ist. Was freilich eine Überraschung wäre: Mittlerweile kann fast jedes Fach und auf fast jeden Abschluss hin auf Englisch studiert werden.

Der Marketingexperte Gerhard Jäger glaubt denn auch, die wahren Gründe für die mangelnde Beliebtheit der Bundesrepublik zu kennen: Wichtigste Voraussetzung für einen Zustrom wissenshungriger Menschen sei die professionelle Vermarktung der Hochschulen – und die umfassende Betreuung der Ausländer vor Ort. Das koste viel Geld und Personal.

Werben für deutsche Hochschulen

Hochschulen und Deutscher Akademischer Austauschdienst haben schon vor Jahren das Konsortium GATE-Germany gegründet. Das Büro soll weltweite Markenwerbung für den deutschen Hochschulstandort als Ganzes betreiben, besonders auf internationalen Hochschulmessen. Gefragt sind auch die Seminare, die GATE veranstaltet: Darin erklären Marketingexperten den Mitarbeitern der Auslandsämter, wie jede Hochschule für sich eine passende internationale Vermarktungsstrategie entwickelt. Die bislang gern angewandte Taktik, einfach möglichst viele Studenten aus möglichst vielen Ländern anzuziehen, gilt als gescheitert. Die Hochschulleitungen haben verstanden, dass sie die Anwerbemaßnahmen auf bestimmte Fächer konzentrieren sollten, in denen

sie stark sind – und auf bestimmte Weltregionen, die sie auch wirklich erreichen können. Die Freie Universität (FU) ist eine der über 118 deutschen Mitgliedshochschulen von GATE. Selbstbewusst vermarktet sie sich als »Internationale Netzwerk-Universität« und hat für die Anwerbung von exzellenten Doktoranden und Nachwuchswissenschaftlern ein weltweites Netz an Außenbüros gesponnen. Doch das Beispiel FU zeigt auch die immer noch akuten Schwächen deutscher Hochschulen in der Betreuung ganz normaler ausländischer Studenten: Für die hält die Berliner Universität nämlich nur ein paar unübersichtliche, von deutschsprachigen Links durchsetzte Internetseiten auf Englisch bereit – und die Empfehlung, es über die allgemeine

Hotline für Studieninteressierte zu versuchen. In Sachen Webangebot gelobt die FU zwar Besserung, doch selbst wenn die Ausländer den Weg in die deutsche Hauptstadt geschafft haben, ist die auch deutschen Studenten bestens vertraute Odyssee durch die Uni-Bürokratie nicht zu Ende. Zwar gibt es eine Einführungswoche für alle Interessierten. Aber wer darüber hinaus mit Fragen aufläuft, wird von der Verwaltung schon mal hin und her geschickt, und die zentrale Nummer für die Anliegen ausländischer Studenten, räumt der Chef des Auslandsamts ein, sei zu Semesteranfang regelmäßig überlastet. »Wir tun, was wir können, und wir täten gern mehr«, sagt Günther Schepker. »Aber unsere personellen Möglichkeiten sind äußerst beschränkt.«

»Es reicht nicht, ein bisschen Werbung im Internet oder auf Bildungsmessen zu machen. Die geweckten Erwartungen müssen auch erfüllt werden.«

Wie das geht, zeigen in Deutschland etwa die außergewöhnlich gut finanzierten Kunsthochschulen, die dank ihres weltweit hervorragenden Rufes und ebenso exzellenter Studienbedingungen talentierte junge Menschen aus aller Welt anziehen. In einigen Opern- und Instrumentenfächern liegt der Anteil ausländischer Studenten bei über 60 Prozent. Kostenpunkt für die Ausländer auch hier: null Euro extra.

Doch die Kunsthochschulen bleiben die große Ausnahme, fast überall sonst fehlt das Geld für eine vergleichbare Betreuung. »Man muss konstatieren, dass unser bisheriges System für Ausländer nicht sonderlich attraktiv ist«, sagt Uwe Brandenburg. »Die Studienzeiten unter den Ausländern sind extrem lang, die Abbruchraten hoch, und mit den bisherigen Ansätzen ist Besserung nicht in Sicht.« So ist das vermeintliche Paradoxon, dass internationale Studenten das teure Australien der vermeintlich günstigen Bundesrepublik vorziehen, am Ende vielleicht gar keines: In Australien kommen die Ausländer dank der guten Betreuung schneller und damit unter Umständen sogar günstiger weg als hierzulande. Entsprechend versehen auch Pinkwart und Zöllner ihre Gebührenüberlegung mit dem Vorbehalt, dass die Unis ihren Service auch wirklich verbessern.

Die meisten Hochschulen haben längst erkannt, dass Deutschland bei internationalen Studenten den Anschluss zu verlieren droht – und bemühen sich mit Kräften um Abhilfe. So hat die Uni Bonn schon vor drei Jahren als erste Hochschule den Spielraum genutzt, den Minister Pinkwart den nordrhein-westfälischen Hochschulen eingeräumt hat: 150 Euro zusätzlich hat sie den ausländischen Studenten pro Semester in Rechnung gestellt – und mit dem Geld kostenintensive Extrangebote organisiert, von Deutschkursen bis hin zum persönlichen Coaching in Prüfungsphasen. »Wir waren richtig stolz auf unser Programm«, sagt Lieselotte Krickau-Richter, Leiterin des Internationalen Zentrums. Es dauerte indes nicht lange, bis die Gebühr wieder abgeschafft werden musste, die Proteste gegen die vermeintliche Diskriminierung waren zu heftig. »Von deutscher Seite vor allem, wohl gemerkt«, sagt Krickau-Richter. »Die ausländischen Studierenden haben das Angebot gut angenommen.« Zwar konnte sie ihr Ausländerprogramm vorerst retten, doch jetzt wird es aus dem allgemeinen Studienbeitragstopf finanziert. »Wie lange das so geht, weiß keiner. Die ausländischen Studenten sind einmal mehr auf Wohlwollen der anderen angewiesen.«

Seitdem die Bonner Schiffbruch mit ihrer Ausländergebühr erlitten haben, traut sich keine deutsche Hochschule mehr an das Thema – zu umstritten ist schon das allgemeine Bezahlstudium, die Extratreue für Nicht-EU-Bürger ist es erst recht.